

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 137 (1971)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Probleme des Friedens  
**Autor:** Schuler, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-46805>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Probleme des Friedens

Oberstbrigadier Ernst Schuler

*Vorbemerkung der Redaktion:* Wir haben den Autor nachfolgenden Beitrages um die Bewilligung ersucht, seine Arbeit in unserer Zeitschrift publizieren zu dürfen, und danken ihm angelegentlich für seine Zustimmung. In der Frage der Nuklearbewaffnung unserer Armee vertritt er eine Auffassung, die der unsrigen nicht entspricht. Da sich der Verfasser mit diesem Problem indessen in anspruchsvollen Untersuchungen sehr intensiv beschäftigt hat, verdient seine Stimme Gehör und ruft sein Wort nach einer sachlichen Auseinandersetzung. Aus diesem Grund bringen wir den Aufsatz unverändert zum Abdruck.

Einen umfassenden und vollkommenen Frieden hat es nie gegeben, wie die Weltgeschichte mehrerer Jahrtausende beweist. Der vollendete Zustand der Gewaltlosigkeit, wie er dem Christentum und den Anarchisten vorschwebt, wird leider ein unerreichbares Ziel bleiben. Es liegt in der Natur der menschlichen Beziehungen und Verhältnisse, daß es stets ordnende Mächte geben muß, die zur offenen Gewalt greifen, sobald sie sich durchzusetzen haben. Kampf und Gegensätze sind wesentliche Bestandteile des Lebens innerhalb eines Volkes sowie im Zusammenleben aller Völker. Es wäre unsinnig, sie ausschalten zu wollen. Vielmehr handelt es sich darum, die großen Probleme unserer Gegenwart zu lösen, ohne daß große, mörderische Konflikte entstehen.

Unsere Welt steht drei überaus ernsten Problemen gegenüber, die sich zu einer tödlichen Gefahr entwickeln könnten.

Das erste liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Schon heute ist die Hälfte der Menschheit mäßig oder ungenügend versorgt. Es sterben jährlich Hunderttausende an den Folgen des Hungers, und noch immer wächst die Bevölkerung der Dritten Welt rascher als ihre Produktion von Nahrungsmitteln und industriellen Gütern.

Das zweite Problem ist politischer Natur: der Kampf zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System. Die Welt der kapitalistischen Industriemächte, Westeuropa – Nordamerika – Australien – Japan – Südafrika, knapp 700 Millionen, ein Fünftel der Menschheit, produziert etwa 55 % aller industriellen Güter. Ein Drittel der Menschheit, knapp 1200 Millionen, lebt in der sozialistischen Welt und produziert etwa 40 % aller Industriegüter. Die übrige Hälfte, die «Entwicklungsländer», produziert die restlichen 5 % der Industriegüter.

Der Kampf um die mondiale Hegemonie wird weitergehen, bis er entschieden ist. Die Dritte Welt wird dabei eine entscheidende Rolle spielen, obwohl sie industriell hoffnungslos zurückgeblieben ist und nicht aufzuholen vermag. Sie wird infolge des Gewichtes ihrer Bevölkerung, ihres Territoriums und ihrer Ressourcen entscheidend sein. Die um 1980 herum zu erwartenden Hungerkrisen könnten sich als beschleunigendes Element auswirken.

Das dritte, weitaus ernsthafteste Problem ist das eines möglichen Nuklearkrieges. Die Zerstörungskapazität sämtlicher Kriege, seitdem Brisanzmittel im Gebrauch sind, wird auf 20 Mt geschätzt, die beiden Weltkriege inbegriffen. Die gegenwärtig verfügbaren Zerstörungsmittel aller Nuklearmächte zusammengenommen, betragen nach verschiedenen, etwa übereinstimmenden Schätzungen 70 000 Mt. Innert weniger Tage könnten 3000 bis 4000mal mehr Zerstörungskräfte entfesselt werden als in sämtlichen bisherigen Kriegen bis zurück ins 15. Jahrhundert. Allein in Westeuropa (Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien) stehen etwa 7500, in Osteuropa etwa

gleich viel Nukleargeschosse aller Kaliber einsatzbereit. 65 von diesen 15 000 reichen aus, alle schweizerischen Städte über 10 000 Einwohner zu vernichten; 1000 genügen, sämtliche größeren europäischen Städte zu vertilgen. Diese erst seit den sechziger Jahren bestehende Gefahr ist wahrhaft tödlich und viel zu wenig bekannt.

Aber auch der sogenannte konventionelle Krieg könnte die Schwelle des Erträglichen überschreiten, sobald es sich um einen allgemeinen Krieg der Weltmächte handelt. Die steil ansteigende Verlustkurve läßt auch bei dieser Variante der Kriegführung befürchten, daß sehr große Bevölkerungsteile vertilgt würden.

Die Kriegsverluste des 18. Jahrhunderts betragen, alles zusammengezählt, einige 10 000 Personen, die des 19. Jahrhunderts total einige hunderttausend. Die Kriegsverluste der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts betragen demgegenüber 65 Millionen Personen in einer Zeitspanne, die nur halb so groß ist. Allein in den 6 Jahren des Zweiten Weltkrieges sind die Verluste auf 55 Millionen angewachsen. Sie betragen etwa das Zehntausendfache der durchschnittlichen Jahresverluste des 18. Jahrhunderts und aller früheren Jahrhunderte unserer Zivilisation.

Dringendstes Erfordernis für die nächste Zukunft ist die Ausschaltung des nuklearen Krieges als eines Mittels zur Durchsetzung politischer Ziele. Man hält es zwar für nahezu ausgeschlossen, daß ein strategischer Nuklearkrieg, der sich ja hauptsächlich zwischen den beiden Weltmächten abwickeln würde, ausbricht, weil zur Zeit und in naher Zukunft das Risiko eines solchen Krieges für beide Weltmächte viel zu groß ist.

Die Wahrscheinlichkeit eines kleineren, beschränkten Nuklearkrieges in Europa ist größer, aber dennoch relativ gering.

Die östlichen Mächte können kein Interesse daran haben, ihre Glaubensbrüder in den Städten des Westens, viele Millionen an der Zahl, auf solche Weise zu vernichten. Außerdem wäre es für den Osten lebenswichtig, die wirtschaftlichen Kapazitäten Westeuropas zu schonen, sie auszunützen, um dadurch der übrigen Welt gegenüber ein strategisches Übergewicht zu erlangen. Schließlich ist zu bedenken, daß der Ostblock bei seiner Überlegenheit an konventionellen Mitteln daran interessiert ist, den Krieg mit diesen zu führen und jedes größere Risiko zu vermeiden.

Daß die westeuropäischen Staaten der NATO den operativen Nuklearkrieg eröffnen, ist trotz allen anders lautenden offiziellen Erklärungen aus ihrem Lager ebenso unwahrscheinlich. Denn ein solcher Entschluß könnte sehr wohl den Untergang der europäischen Zivilisation bedeuten. Den Staaten Westeuropas nützen die gewaltigen Vorräte an Atomgeschossen wenig. Denn es ist allzu offensichtlich, daß sie bei der Verletzlichkeit ihrer großen Industriegebiete nicht verwendet werden dürfen. Die Meinung vieler, daß dieser erschreckende Vorrat auch auf den Gegner abschreckend wirke, ist nur bedingt richtig, da der Westen relativ mehr bedroht ist als jener.

Im Vergleich zum strategischen ist die Wahrscheinlichkeit eines operativen Nuklearkrieges immerhin größer, weil beide Weltmächte sich dazu entschließen könnten, ohne die Vernichtung ihres eigenen Gebietes allzusehr fürchten zu müssen. Hierin unterscheiden sich die Situation und die Inter-

essen Westeuropas ganz erheblich von denjenigen beider Weltmächte.

Am größten dürfte die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges in Europa sein. Die Gefahr eines klassisch-militärischen Angriffes von Osten her ist allerdings gering. Denn ein solches Vorgehen widerspräche den wichtigsten, zentralen Lehrsätzen des Leninismus und seiner Politik, die durch das Geschehen der vergangenen Jahrzehnte erhärtet worden ist.

Die Angriffe der Weltrevolution werden zur Hauptsache mit politischen Mitteln geführt. Militärische Aktionen dürfen nach der Doktrin nur dort angestrebt oder akzeptiert werden, wo der Gegner innenpolitisch bereits angeschlagen und gelähmt ist. Demzufolge wird die Gefahr eines direkten Eingreifens der Oststaaten erst dann akut, wenn die politischen Linkskräfte des Westens oder diejenigen der arabischen Welt oder andere in kritische Situationen geraten und der Hilfe von außen bedürfen.

Die größten Gefahren sind deshalb sowohl für Westeuropa wie für Amerika auf dem politischen Kampffelde zu suchen. In Italien und Frankreich verfügen die Linkskräfte über mehr als 40% der Stimmen. Die Hälfte davon sind Kommunisten. Falls und sobald sich eine ernsthafte wirtschaftliche Krise einstellt – sie braucht bei weitem nicht das Ausmaß der Krise von 1930 zu haben –, wird der Funke unvermeidlich auf das politische Kampffeld überspringen. Und damit erst ist eine wirkliche Kriegsgefahr in Europa gegeben.

Während die östliche Strategie primär mit politischen Mitteln arbeitet, bedienen sich die USA, wie es sich seit Jahren immer mehr herausstellt, hauptsächlich militärischer Aktionen. Dadurch riskieren sie und ihre Verbündeten, daß ihre militärischen Fronten auf politischen Wegen umgangen werden, was der Leninschen Strategie vollkommen entspricht. Die militärischen Methoden sind auf die Dauer nicht geeignet, die politischen Probleme in aller Welt zu lösen. Der Krieg in Südostasien kostet jährlich etwa 30 Milliarden Dollar und wird schließlich nichts anderes einbringen als die Gegnerschaft der Dritten Welt. Weitaus gefährlicher für uns Westeuropäer ist das, was um den Suezkanal herum geschieht. Die von den Westmächten unterstützte und gedeckte Aggression Israels hat ihren vermutlichen Zweck, den Umsturz in Ägypten und Syrien zu provozieren, nicht zu erreichen vermocht. Im Gegenteil haben die kriegesischen Aktionen gegen das Arabertum dieses noch mehr in das andere Lager gedrängt. Die Gefahr, daß die arabisch-nordafrikanischen Staaten durch gewalttätiges Vorgehen westlicherseits und politische Unterwanderung von Osten her dem westlichen Einfluß verlorengelassen werden, ist heute größer als je. Dabei gehören die arabisch-nordafrikanischen Gebiete zu den wichtigsten Objekten der globalen Strategie. Sie dominieren die Verbindungen von Europa nach Afrika und aus dem Nordatlantik durch das Mittelmeer zum Indischen Ozean. Sie liefern den entscheidenden Anteil der Erdölproduktion. Ohne das arabisch-nordafrikanische Öl, mehr als ein Drittel der Weltproduktion, würden die westeuropäische und die japanische Wirtschaft innert kurzer Zeit zusammenbrechen. Damit aber wäre jene weltrevolutionäre Situation entstanden, die wir unter allen Umständen und mit allen Mitteln hätten vermeiden sollen.

In einem neuen Weltkrieg, der auf diese Weise entstehen könnte, sei er konventionell oder nuklear, ist die militärische Situation Westeuropas ohne viele Hoffnungen, obwohl das militärische Kräfteverhältnis insgesamt für die westlichen Mächte eher günstig ist. In einem nuklearen Krieg ist unsere Existenz,

in einem gewöhnlichen Krieg unsere Zivilisation auf das ernsteste bedroht. Deshalb sollte Westeuropa das Äußerste tun, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden.

Die Ungunst der militärischen Lage hat mehrere Ursachen. Einmal ist Westeuropa militärisch weniger stark als seine voraussichtlichen Gegner, ein Umstand, dem kaum abzuhelfen ist, wie der Zweite Weltkrieg erwiesen hat. Ferner werden die Ostmächte unter allen Umständen rascher überlegene Kräfte nach Westeuropa bringen als die USA. Schließlich wird ein Krieg gegen Westeuropa wohl nur in der Folge schwerer innenpolitischer Krisen entstehen. Hier liegt vielleicht die gefährlichste Schwäche der westeuropäischen Position.

Da die militärische Stärke allein nicht ausreicht, die Existenz Westeuropas sicherzustellen, müßten zusätzliche politische Mittel verwendet werden. Dafür gibt es heute noch reelle Möglichkeiten, die wenig benützt werden. Würde ein westeuropäischer Staatenbund mit handlungsfähiger Führung und mit einer einigermaßen neutralen allgemeinen Richtung das Experiment übernehmen, das heute die Bundesrepublik Deutschland probiert, so wäre diese Sache viel weniger gewagt und aussichtsreicher, da Westeuropa als selbständige politische Größe ein ganz anderes Gewicht hätte. Der Klassenkampf würde freilich weitergehen, aber ihm wäre ein Teil seiner Schärfe genommen. Er wäre auf das Gebiet der Innenpolitik verlagert und vorwiegend mit politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln zu führen. Die militärische Situation wäre ohne die amerikanische Präsenz in Europa zwar schwächer, die politische aber dafür um so stärker. Vor allem wäre die Gefahr eines allgemeinen Krieges gebannt, dessen ungünstigen Ausgang die amerikanische Präsenz in Europa nicht verhindern könnte, auch dann nicht, wenn sie stärker wäre als heute. Würde man angegriffen, so müßte man sich wehren. Dies gilt so gut für den Kontinent wie für unser Land. Solange aber noch Möglichkeiten bestehen, unsere Zivilisation ohne allgemeinen Krieg zu erhalten, müßte wenigstens der Versuch gewagt werden.

Die schweizerische Strategie ist heute in einem Maße von der Situation und den Ereignissen in Westeuropa abhängig wie nie zuvor. Dies gilt politisch und wirtschaftlich ebenso wie militärisch. Unser Land ist wirtschaftlich zu 50% auf das Ausland angewiesen. Es ist im Verhältnis zur neuen Kriegstechnik, den Einsatzdistanzen, Geschwindigkeiten und Wirkungen zu klein geworden, als daß es ähnlich wie früher, einen auf völliger Selbständigkeit basierten Kampf mit guten Chancen führen könnte.

Die 5 bis 10 Milliarden Schweizer Franken, welche für eine minimale Ausrüstung mit Atomgeschossen auszugeben wären, werden besser zugunsten der bestehenden Streitkräfte und für den Fall eines konventionellen Angriffes verwendet, einen Krieg also, der wahrscheinlicher ist und den wir mit akzeptablen Risiken wagen dürften. Das Machtgefälle zwischen einem konventionellen Angreifer und unserer heutigen Armee ist immerhin größer als je. Hier gilt es, aufzuholen und auszugleichen, statt allzuviel auf die Stärke unseres Geländes zu setzen.

Auf dem Gebiete der Rüstung eine atomare Konkurrenz anzustreben, hat keinen Sinn. Das Risiko eines Atomkrieges kleineren Ausmaßes dürften wir angesichts der möglichen Folgen nicht eingehen in der gefährlichen Hoffnung, daß der Gegner weniger Geschosse einsetzen werde, als er könnte. Niemand wird die großen Risiken der nuklearen Kriegsführung eingehen, um nur vereinzelte Geschosse einzusetzen, die nur beschränkte Auswirkungen haben könnten. Man wird so viele



einsetzen, als es das strategische Interesse erfordert. Die Feuerkraft unserer Armee wäre zwar mit Hilfe nuklearer Geschosse um das Zehn- ja Hundertfache gesteigert, eine an sich verlockende Perspektive. Demgegenüber stehen aber die Tatsachen, daß unsere Atomrüstung im wahrscheinlicheren Falle eines gewöhnlichen Krieges keine Wirkung, nicht einmal eine abschreckende, haben könnte und daß auch eine nuklear ausgerüstete Armee ihre Hauptaufgabe, den Schutz des Volkes und seiner lebensnotwendigen Einrichtungen, nicht zu erfüllen vermag.

Der Krieg ist zwar auch in der Vergangenheit fast immer ein nationales Unglück für denjenigen gewesen, auf dessen Rücken er sich abgespielt hat. Heute kann er leicht zur allgemeinen Katastrophe werden. Deshalb ist die Erhaltung des Friedens zu einer Lebensfrage im schwersten Sinne des Wortes geworden.

Es gibt noch ein viertes großes Problem der gegenwärtigen Welt, das mit der Bedrohung des Friedens indirekt und letzten Endes zusammenhängt: die zunehmende Degeneration unserer Kultur, insbesondere ihres religiösen und künstlerischen Bereiches. In vielen Staaten des Westens sowie des Ostens ist zu bemerken, daß die religiösen Werte weitgehend verschüttet sind und daß die Kunst als ihr vornehmstes Ausdrucksmittel sich immer mehr von ihr löst und damit verflacht. An deren Stelle tritt die rationelle Welt der Wissenschaft, obwohl sie nicht in der Lage ist, die außerhalb liegenden weiten Gebiete erkenntnismäßig zu umfassen. Der naive Glaube scheint immer mehr Raum zu gewinnen, daß wissenschaftliche Erkenntnis mit Schöpfung identisch sei, daß die Wissenschaft also an die Stelle der Religion zu treten habe. Man scheint dabei zu übersehen, daß der zeitliche Begriff der Ewigkeit und der räumliche Begriff der Unendlichkeit stets außerhalb des Rationalen bleiben werden und mit wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zu umfassen ist, daß die Entstehung des Lebens und seine millionenfache tägliche Erneuerung trotz allen Erkenntnissen der Wissenschaft letzten Endes und am entscheidenden Punkt mysteriös bleiben wird, daß zwischen dem Schöpfung und der Erkenntnis seiner Werke eine nicht zu überschreitende Grenze liegt, daß es neben der Welt der Materie und des Verstandes noch diejenige der menschlichen Seele, Bestandteils eines göttlichen Geistes, gibt, in welchem das Schöpferische enthalten ist, dessen Wesen sich rationeller Betrachtungsweise entzieht.

Mit dem geistigen Gehalt verliert das Leben allzu vieler Menschen seinen äußern Halt. Es entbehrt einer tief verwurzelten allgemeinen Richtung, wird brutaler und konfliktanfälliger. Damit soll nicht behauptet werden, daß wirkliche Kultur kriegerische Konflikte a priori unmöglich mache. Die Geschichte der Religionskriege beweist aber nur, daß eine engstirnige Pseudoreligiosität zu fanatischen Kämpfen führen kann, die stets viel mehr politischen als eigentlich religiösen Charakter hatten. Daß die von der Gedankenwelt des Christentums oder des Buddhismus durchdrungenen hohen Kulturen zur Hauptsache einen mäßigenden Einfluß auf das Geschehen ausgeübt haben und heute noch ausüben, kann andererseits nicht bezweifelt werden, obwohl er sich weniger offensichtlich darstellt.

Vor über 100 Jahren hat der große Österreicher Adalbert Stifter unser kulturelles Problem mit wenigen Worten umschrieben: «Es gibt nur zwei wirklich große Dinge auf dieser Welt: die Religion und die Kunst. Diese zwei sind das Höchste auf Erden. Wer etwas anderes über sie stellt, etwa Gewerbe, Wissenschaft, Staatseinrichtungen, der verkehrt die Ordnung der Dinge und setzt das Mittel über den Zweck.»

## Ulrich Wille und Fritz Gertsch als Redaktoren der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung»

Leutnant Bruno Lezzi

Die Bedeutung General Willes für die Entwicklung der schweizerischen Armee ist unbestritten. In allen wesentlichen Fragen unserer Landesverteidigung hat er entscheidend mitgewirkt. Während vieler Jahre hat Wille für eine zeitgerechte Ausbildung und Organisation der Armee gekämpft. Wir denken in

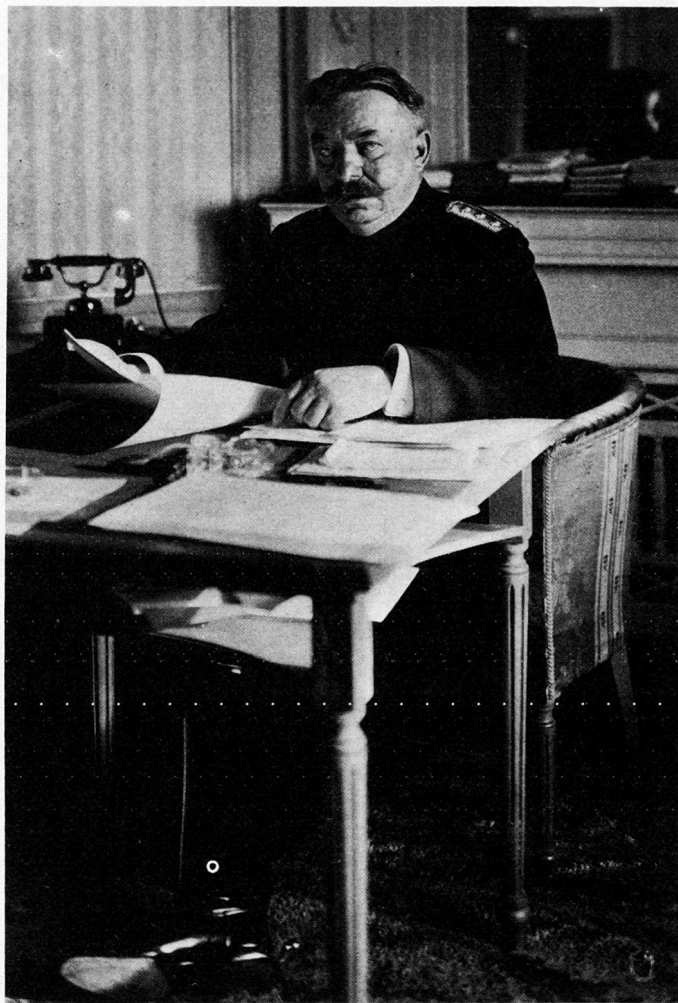


Bild 1. General Ulrich Wille (aus dem Bundesarchiv).

diesem Zusammenhang an die «Skizze einer Wehrverfassung» von 1899<sup>1</sup>, einen gewichtigen Beitrag zur Gestaltung und Ausarbeitung der Militärorganisation vom 3. November 1907. Immer wieder hat Wille seine Gedanken in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. In Broschüren, Aufsätzen in Tageszeitungen und Vorträgen hat er ein breiteres Publikum auf ihn notwendig scheinende Neuerungen aufmerksam gemacht und versucht, Unterstützung für diese Verbesserungen zu gewinnen. Sehr schön veranschaulicht ein Brief an Oberst Wildbolz, den späteren Armeekorpskommandanten, aus dem Jahre 1905 Willes Bemühungen. Wille hat an einer Volksversammlung in Buchs gesprochen und fordert Oberst Wildbolz auf, ähnliche Versamm-

<sup>1</sup> Ulrich Wille, «Skizze einer Wehrverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft», Bern 1899.